

Laibacher Zeitung.

Mr. 288.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 15. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst dr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 20 fr.

1868.

Amthlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 10. December d. J. den k. k. Kämmerer und Hofrath des gemeinsamen Ministeriums des Aeußern Grafen Julius Széchenyi zum Obersthofmeister bei Sr. k. und k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzoge Joseph allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 10. December d. J. die Gräfin Karoline Széchenyi, geborne Gräfin Richi-Ferraris, zur Obersthofmeisterin bei Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Clotilde, Gemahlin Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Joseph, allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat den Grundbuchsführer in Ried Michael Kröninger zum Hilfsämterdirector bei dem Kreisgerichte daselbst ernannt.

Der Justizminister hat den Adjuncten des Landesgerichtes in Klagenfurt Agathon Waldkirch zum Staatsanwalts-Substituten daselbst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Das bürgerliche Gewerbe.

Das „Neue Fremdenblatt“ schreibt: Der constitutionelle Verein in Laibach hat sich entschieden ein Verdienst erworben, daß er von der unter obigem Titel in dem „Laibacher Tagblatt“ erschienenen culturhistorischen Skizze aus der Feder des k. k. Sectionsrathes im Handelsministerium Dr. Klun einen Separatabdruck veranstalten und unter der gewerbetreibenden Bevölkerung des Herzogthumes Krain verbreiten läßt. Diese Art, das Volk zum Nachdenken anzuregen und in demselben den Anreiz zu tüchtigem Vortwärtsschreiten zu erzeugen, ist bei uns noch wenig geübt worden, und das Beginnen des genannten Vereines wäre auch dann ein löbliches, wenn das Werkchen des Herrn Klun minder gediegen und lehrreich, minder gründlich und doch populär wäre, als es in der That ist. Mit um so größerer Befriedigung darf es daher der Freund des Fortschrittes begrüßen, daß durch die Initiative eines wackeren Vereines in einer Provinzial-Hauptstadt einer wissenschaftlichen Arbeit Verbreitung gegeben wird, die niemand aus der Hand legen dürfte, ohne zuzugestehen, daß er darin viel des Wissenswürdigen und Beherrigungswerthen gefunden. Der Fachmann wird sich über die geschickte Anordnung des Stoffes und die populäre Schreibweise des tiefe historische Kenntniß und ein warmes Herz für Fortschritt und Cultur verrathenden Verfassers freuen und der gewerbetreibende Laie wird das Büchlein gerne zweimal und dreimal lesen, denn er wird unstreitig das Bedürfniß fühlen, sich möglichst zu eigen zu machen, was ihn auf seinen Stand stolz zu machen geeignet ist.

Durch eine falsche Auffassung der thatsächlichen Folgen der Hauptindustrie und durch eine nicht selten unlautere Agitation unter der ärmeren Volksschasse ist einerseits in den Reihen der Gewerbetreibenden, oder sagen wir deutlicher des kleinen Gewerbes, eine Kleinmüthigkeit eingerissen, deren Verderblichkeit um so rascher sich geltend macht, als in der That die Industrie der Neuzeit nicht gedeihen kann, wenn nicht tüchtiger Unternehmungsgestalt und eine frische Regsamkeit der Bevölkerung die Concurrerenz mit dem Auslande ermöglicht; andererseits drohte ein feindseliger Kastengeist dem Fortschritt und der Freiheit gefährlich zu werden. An der Hand der Geschichte unternimmt es nun der Verfasser, darzutun, daß kein Grund vorhanden sei, die Flügel müthlos sinken zu lassen, und daß kein feindseliger Gegensatz zwischen Bürgerthum und Arbeitern bestehe, da doch das Bürgerthum — die von gewissen Agitatoren geschmähte Bourgeoisie — eigentlich selbst Arbeiter sind. Herr Klun weist nach, daß die Blüthezeit der Arbeit und des Bürgerthums jederzeit und überall auch die Blüthezeit der Nationen gewesen ist. Aber Freiheit und Bildung sind die ersten Grundbedingungen für die Blüthe der Arbeit und des Volkswohlstandes. Der Herr Verfasser leitet seine Skizze denn auch mit diesem Postulate ein,

und daß von einem Regierungsmanne, daß am grünen Tisch, von dem aus bisher alles bevormundet werden wollte, diese Wahrheit geglaubt und gelehrt wird, das dünkt uns ein erfreuliches Zeichen der Zeit, das scheint uns der trüftigste Beleg für den totalen Umschwung in Oesterreich. Mit kräftigen Worten apostrophirt Herr Dr. Klun das Bürgerthum seines engeren Vaterlandes, die gewerbetreibende Bevölkerung der Städte und Märkte, sich durch politische Bildung und Aufklärung von jener Kleingeistigkeit und Engherzigkeit zu befreien, die sie bisher hinderten, ihr eigenstes Interesse zu fördern, ja zu begreifen.

Es würde uns zu weit führen, wenn wir auch die in großen Zügen skizzirte Geschichte der gewerblichen Thätigkeit, welche den weiteren Inhalt der lehrreichen Broschüre bilden, in den Kreis unserer Besprechung ziehen wollten; wir begnügen uns anzudeuten, daß der Verfasser, so weit es der Rahmen seiner kleinen Schrift gestattete, keine der Errungenschaften der Geschichtsforschung unbeachtet ließ und daß er seine Leser durch die sogar aus der Mythe verschwundenen Zeitalter — das „Steinalter“ und das „Bronzealter“ — durch die Geschichte des Mittelalters bis auf die Neuzeit führt, um dann die culturhistorischen Leistungen der einzelnen Völker zu würdigen und insbesondere den Verdiensten der germanischen Volksstämme um Wissenschaft und freie Forschung sowohl als um die Hebung der bürgerlichen Arbeit gerecht zu werden. Eine Stelle aus dem zweiten Capitel möge jedoch hier Platz finden, denn sie bekundet, daß der Sectionsrath Klun das rege Interesse für Schule und Wissenschaft, das den Professor Klun beselte, bewahrt hat. Nachdem er sein Bedauern ausgesprochen, daß er seinen Lesern den Weg, den die gewerbliche Thätigkeit der Menschen seit ihren ältesten Anfängen bis auf unsere Zeit durchgemacht, nicht schildern könne, weil dies über den Zweck der Schrift hinausgreifen würde, schreibt er: „Allerdings wäre eine solche Arbeit höchst ersprießlich und dankenswerth, denn die Darstellung der friedlichen Entwicklung der Menschheit, der fortschreitenden Kultur ist sicherlich anziehender, wichtiger und lehrreicher als die Schilderung bluttriefender Kämpfe und Kriege, der wilden Zerstörungen und Eroberungen, welche im Laufe der Jahrtausende Ehrgeiz oder Habgucht dem nationalen Wohlstande und der geistigen Wohlfahrt der Völker geschlagen haben. Leider aber kennt unsere Jugend in der Schule fast einzig und allein die Geschichte der Kriege, die Geschichte der Eroberer und Gewaltthäter; — aber von der Geschichte des friedlichen Fortschrittes, von der Geschichte des Volkes und seiner Bestrebungen und Leistungen bekommt unsere Jugend nur sehr wenig zu hören. Und doch wäre für unsere Bürger-, Gewerbe- und Realschulen die letztbezeichnete Geschichte geradezu eine Nothwendigkeit.“

Ueber die Grundsteuer-Regelung

schreibt die „Presse.“ Nachdem die Delegationen ihr Werk gethan, gebührt das Wort dem Finanzminister Brestel. Daß er mittlerweile nicht müßig gewesen ist, sondern die längst verheißene und für Oesterreich finanziell wie volkswirtschaftlich gleich bedeutsame Frage der Steuerreform ernstlich in Angriff genommen, hat er durch die gestern im Abgeordnetenhaus eingebrachte Vorlage über Regelung der Grundsteuer zur Genüge documentirt. Das Operat verdient eine umso eingehendere Betrachtung, als wir nicht ohne Berechtigung annehmen dürfen, daß der darin beliebte Commissions-Modus späterhin auch bei den Abschätzungen für die reformirte Einkommensteuer mutatis mutandis zur Anwendung kommen wird. Dabei ist aber der Entwurf so wichtig, so tiefgreifend und so umfassend, daß wir uns für heute mit einem kurzen Blicke auf seine Hauptgesichtspunkte begnügen müssen.

Jedenfalls nun erkennen wir in der Vorlage eine dankenswerthe Vereinfachung der bisher üblichen Art, zu katastriren, die eben so verwickelt wie schwierig ist: namentlich liegt ein wesentlicher Fortschritt darin, daß von dem beliebten Systeme der parcellenweisen Abschätzung des Werthes von Grund und Boden abgegangen worden ist. Dasselbe dient auch in Frankreich, diesem Musterstaate der Steuer-Administration, nur noch als Anhaltspunkt für die Umlegung der Steuern innerhalb der Gemeinde selbst; die meisten Länder, die in der Cultur weit fortgeschritten sind, haben es bereits aufgegeben. Der größte Nachtheil dieses Modus liegt darin, daß bei der Parcellenschätzung, wo der Staat unmittel-

bar dem einzelnen, selbst dem kleinsten Grundbesitzer gegenübertritt, das vermittelnde Element der Vertrauensmänner, die aus der Zahl der Steuerträger selber behufs der Einschätzung herausgegriffen werden, unmöglich zur vollen Geltung kommen kann. Wohl gibt es keinen größeren Egoismus, als den rein individuellen. Allein angesichts der Staatsgewalt vermag er sich deffenungeachtet auch nicht einmal so weit, wie er in seinem Rechte ist und seine Befriedigung selbst im wirtschaftlichen Interesse der Gesamtheit läge, zu behaupten, weil gleichzeitig der gänzlich solide und bloß auf sich selbst angewiesene Individualismus die schwächste Potenz ist, die es im Vergleiche mit der concentrirten Kraft eines politischen Gemeinwesens nur geben kann. Immer und ewig zum Beispiel lehrte in den Berichten der ungarischen Handelskammer aus Bach's Zeit die laute Klage wieder, daß die an sich gar nicht zu hoch gegriffene Grundsteuer unerträglich werde durch die Willkür der Behörden, die Sandboden als Weizenland, Schilfmorast als Wiesengrund katastriren. Sind diese Beschwerden gerecht, so legen sie Zeugniß ab für eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, für eine fiscalische Handhabung der Steuern, die auf die Länge auch die Kraft der Steuerträger und damit die wirtschaftliche Lage des Staates schädigen muß. Sind sie ungerecht, so zeigen sie doch, zu wie gehässigen, die Wirksamkeit der Beamten paralyisirenden Reibungen diese Art der Abschätzung den ersten Anstoß gibt — Reibungen, deren unbedingte Beseitigung im constitutionellen Staate um so dringender geboten erscheint, als sonst noch gar die directe Taxation durch Staatsbedienstete, wie die oppositionelle Bourgeoisie das in Preußen bei der Einkommensteuer gar vielfach empfindet, zur bequemen Steuerschraube wird, die eine Regierung je nach der Gesinnung des Betreffenden lockert oder schärfer anzieht.

Nach dem Entwurfe Dr. Brestel's nun soll die staatliche Abschätzung von Grund und Boden bei Districten von einem Umfange Halt machen, der sich nach Thunlichkeit der politischen Eintheilung anschniegt. Was die unterste Schätzungs-Commission zu thun übrig ließe, wird von der nächsthöheren berichtigt werden, und im Centrum zu Wien hätte die endgiltige Feststellung dieses vielgliederigen Reinertrags-Schematismus zu erfolgen. Die Landes-Commission, der nur in den größeren Kronländern noch Subcommissionen für die einzelnen Kronländer untergeordnet sind, besteht aus sechs bis zehn zur Hälfte vom Finanzminister zur Hälfte von der Landesvertretung entsendeten Mitgliedern, denen der Landeschef präsidiert. Die Central-Commission ist unter dem Vorsitze des Finanzministers, aus 15 von diesem, 10 vom Abgeordneten- und 5 vom Herrenhause ernannten Mitgliedern — unter den Ersteren werden besonders die Central-Inspectoren fungiren, welche der Minister zur Ueberwachung der Schätzungsarbeiten in den einzelnen Kronländern designirt. Diese Organisation soll für die Rectificirung etwaiger Irrthümer, eine je fünfzehnjährige Total-Revision des gesammten Katasters und für dessen Uebereinstimmung mit den wirklichen Verhältnissen Sorge tragen. Hier aber findet die Besteuerungs-Methode ihre Grenze und die finanzielle Heranziehung des Einzelnen mittels eines bestimmten Reinertrag-Percentages beginnt. Die Discussion des Entwurfes wird daher auch eine doppelte Seite haben. Es gilt die Doppelfrage zu beantworten: ist die Vorlage als Rahmen, als Steuer-System rationell? und wie wird sich ihre praktische Wirkung zu den Anforderungen des Staatsschatzes verhalten, die heutzutage bekanntlich nirgends gering sind?

Vom Standpunkte der Steuer-Systematik nun hat der Entwurf, wie bereits das oben gesagte bewiesen, in der That mancherlei Vorzüge aufzuweisen. Ein weiterer Vortheil besteht darin, daß die Vermessung und Mappirung der Grundstücke von der Operation der Abschätzung nach Möglichkeit geschieden und dadurch die Erzielung eines finanziellen Resultates, das wir doch von unserer Steuerreform jedenfalls erwarten müssen, erleichtert und beschleunigt wird.

Durch die Beseitigung der Parcellenschätzung ist es möglich gemacht worden, die Taxations-Commissionen unter Zuziehung von Steuerträgern, von Landes- und Bezirksvertretern ad hoc zu bilden. Wir wollen das nicht eine Concession nennen, da eine solche Zuziehung durch die Natur des constitutionellen Staates geboten erscheint — aber ein Fortschritt ist diese Reform jedenfalls. Die Zusammensetzung der Commissionen ist ebenfalls gutzuheißen. Vertreter des Finanzministeriums bilden die eine, Repräsentanten der Steuerpflichtigen die andere Hälfte der Commissions-Mitglieder — eine ebenso gerechte wie natürliche Gliederung. Daß der Vorsitzende

der Commission immer ein Organ der Regierung ist, erscheint angemessen, denn die absolute Majorität darf nicht den Steuerzahlern selber zufallen, weil sonst die Ertragschätzungen — nach dem Sprichworte: „Eine Hand wäscht die andere“ — zu minimal gerathen würden, ohne daß der Staat dabei bestehen könnte. Daß aber die Schätzungen gerecht, daß sie sine ira et studio, ohne Abneigung noch Vorliebe, gemacht werden: das zu bewirken, reicht die gewichtige Theilnahme der unmittelbar Interessirten vollaus. So viel für heute über den Standpunkt der Besteuerungsform; was die rein finanzielle Seite der Vorlage betrifft, so werden wir nächstens darauf eingehen.

Staatsvoranschlag pro 1869.

Den Theilvoranschlägen zum Staatshaushalte des Jahres 1869, welche der Finanzminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. d. M. zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegte, entnehmen wir die nachfolgenden Daten:

1. Allerhöchster Hofstaat. Ordentliches Erforderniß: Dasselbe wurde mit Rücksicht auf die im Vorjahre zu gering bemessene Dotation für das Jahr 1869 auf den Betrag von 6,500.000 fl. erhöht. Davon entfällt auf die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder die Hälfte mit 3,250.000 fl. Außerordentliches Erforderniß: zur Beschaffung von Garde-robe, Requisiten, dann des Musikbedarfes für das neue Opernhaus die zweite und letzte Rate mit 200.000 fl. Gesamt-Dotation 3,450.000 fl.

3. Reichsrath. Erforderniß: 434.124 fl.

5. Ministerium des Innern. Erforderniß: 12,769.209 fl.; Bedeckung 490.535 fl.

6. Ministerium für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit. Erforderniß: 3,979.197 fl.; Bedeckung 526.333 fl.

7. Ministerium für Cultus und Unterricht. Erforderniß: 5,892.926 fl.; Bedeckung 1523 fl.

8. Ministerium der Finanzen. a) Verwaltung: Erforderniß: 10,715.252 fl., Bedeckung: 81.113 fl.; b) allgem. Cassenverwaltung: Erforderniß: 3,753.473 fl.; Bedeckung: 578.650 fl.; c) directe Steuern: Bedeckung: 75,884.001 fl.; Erforderniß: 61.860 fl.; d) indirecte Abgaben: Bedeckung: 165,629.213 fl.; Erforderniß: 39,746.200 fl.; k) allgemeiner Pensions-Stat der Civilverwaltung 9,715.393 fl.

9. Handelsministerium. Erforderniß: 13 Mill. 833.520 fl.; Bedeckung: 12,130.500 fl.

13. Staatsschuld (70 Percent). a) Zinsen der Staatsschuld: Zinsenerforderniß: 78,395.286 fl. (hierunter in Silber 32,841.341 fl.); b) Schuldverschreibung: Erforderniß: 11,946.452 fl. (hierunter in Silber 163.611 fl.).

14. Verwaltungsauslagen der Staatsschuld. Verwaltungsauslagen für die schwebende Schuld (70 Percent) 385.000 fl., Verwaltungsauslagen für die fundirte Schuld 1,330.000 fl., Summe 1,715.000 fl.

15. Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten. Ueberschüsse des Zollgefälls 7,500.000 fl., Beitragsquote zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen auf Grund der allerhöchst functionirten Delegationsbeschlüsse 56,928.213 Gulden, Summe 64,428.213 fl.

Eine englische Stimme über Oesterreich.

Von dem auch in deutschen politischen Kreisen rühmlichst bekannten Parlamentsmitgliede Herrn Grant Duff erscheint in den nächsten Tagen ein Buch „A Political Survey.“ Die „Englische Correspondenz“ ist in der Lage, anticipando mitzutheilen, was der Verfasser über Oesterreich sagt:

„Das neue Werk in Oesterreich, für welches Graf Beust mehr Anerkennung verdient, denn für irgend ein anderes, schreitet munter vorwärts. Der Qualismus, mit möglichst großer Concession in localen und municipalen Angelegenheiten an die kleineren Nationalitäten: dies scheint die beste Form für die Regierung Oesterreichs zu sein. Die Hauptschwierigkeit bildet die Bestimmung des Quantum dieser Concessionen. Wie viel Autonomie soll Böhmen belassen bleiben? Wie soll man den rivalisirenden Ansprüchen der Ruthenen und der Polen in Galizien gerecht werden? An den Antworten auf Fragen dieser Art hängt die ganze Zukunft des Kaiserreichs. Im ganzen genommen indeß lassen die Dinge sich gut an. Die alte Politik des „Divide et impera“ ist tot, hoffen wir für immer, und „Viribus unitis,“ das Motto des gegenwärtigen Kaisers, gelangt jetzt zu einer Bedeutung ganz verschieden von der, welche es in den ersten Tagen seiner Regierung hatte. Die Prager Agitation hält ohne Zweifel an, aber wenn die Böhmen überhaupt Politiker unter sich haben, so sollten diese doch einsehen, wie die Sache bis zu den Extremen treiben nichts anderes heißt, als den Untergang heraufbeschwören. Selbst im Falle eines Abfalls von Oesterreich würden sie nicht an jenes Rußland fallen, mit welchem sie so närrisch kolettiren. So sicher die Moldau sich in die Elbe ergießt, würden sie in Norddeutschland absorbiert werden,

dessen thätige und überwältigende Civilisation sie in wenigen Generationen den Wenden gleich machen würde. — Galizien ist — wie Prinz Czartoryski im vorigen Frühjahr einer Zuhörerschaft in London sagte — der einzige Platz geworden, wo Polen wagen dürfen, Polen zu sein; und seine Landsleute nicht weniger, als die Böhmen müssen fühlen, wenn sie überhaupt Einsicht haben, daß ihre einzige Hoffnung in einem mächtigen Oesterreich liegt. Laßt das Kaiserreich einmal stürzen und „Ordnung herrscht in Krakau“ nicht weniger als in Warschau. Das geringe Ueberbleibsel einer italienischen Frage braucht bei guter Behandlung nicht die geringste Besorgniß hervorzurufen: Mögen die Dinge auf der östlichen Halbinsel sich gestalten, wie sie wollen, für Oesterreich bringen sie keine große Gefahr, wenn auch der Zustand Rumäniens und die Intriguen in Siebenbürgen Bedenken erregen. Eine Armee von 800.000 Mann, oder die Hälfte von 800.000 Mann hat Oesterreich gar nicht nöthig, es sei denn, man hege in Schönbrunn noch immer Hoffnungen, den verlorenen Grund in Deutschland wieder zu gewinnen. Die Furcht, daß man in hohen Kreisen noch immer an dieser Politik hänge, ist das einzige, was den heiteren Blick auf die Zukunft des Kaiserreichs trübt. Die Breche im Concordat, die Umbildung der maschinenartigen Armee der alten Tage in ein Institut, von Wissenschaft und Leben erfüllt; der Abschluß des Handelsvertrages mit uns, welcher für den Handel Oesterreichs eine neue Aera begründet — das alles ist nur ein Theil der Reform, welche jetzt in allen Departements betrieben wird. . . . Kurz, wenden wir unsern Blick, wohin wir wollen in den Landen des Kaisers, die Zukunft verspricht eine gute zu werden, wenn der Frieden erhalten, die Armee vermindert werden kann; aber an diesem wenn hängt sehr viel.“

Aus der Botschaft des Präsidenten.

Einem telegraphischen Auszuge der Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten entnehmen wir nachstehendes: Die Botschaft lenkt die Aufmerksamkeit des Congresses von neuem auf die fortdauernde Desorganisation des Landes; sie rühre aus der Anwendung verschiedener Gesetze her, welche, anstatt die Lage der Dinge zu verbessern, nach einem Versuch von drei Jahren nur verderbliche Resultate geliefert haben. Es widerspreche dem ausdrücklichen Wortlaut der Verfassung, daß man drei Staaten verweigere, im Congreß repräsentirt zu sein. Indem man versuche, die Weißen im Süden unter die Domination der Schwarzen zu bringen, störe man die freundschaftlichen Beziehungen, die vordem in diesen Staaten bestanden hätten, und hindere das nützliche Zusammenwirken der beiden Racen in den industriellen Unternehmungen. Eine Gesetzgebung, die so verderbliche Resultate liefere, müsse abgeschafft werden.

Hundert Millionen Dollars würden jährlich für den Unterhalt der Militärmacht verausgabt, die vor allem damit beauftragt sei, Gesetze zur Ausführung zu bringen, die nicht notwendig sind und verfassungswidrig seien.

Der Handel nehme ab, die industriellen Interessen leiden. Weiße Gesetze und Sparsamkeit allein können diesen Uebeln abhelfen.

Die Finanzlage des Landes zeigt in klarer Weise die Nothwendigkeit, das Papiergeld aus der Circulation zurückzuziehen und so bald als irgend möglich zu den Barzahlungen zurückzukehren.

Die Einnahmen, welche von den Douanen und den verschiedenen Revenuen des Innern herrühren, belaufen sich während des Jahres, welches mit dem 30. Juni zu Ende gegangen, auf 405 Millionen Dollars und haben die öffentliche Schuld um 28 Millionen vermindert. Aber das am 1. November endende Jahr habe diese Schuld wieder um 35 Millionen anwachsen lassen.

Die Einnahmen des Jahres, welches mit dem 30. Juni 1869 zu Ende gehe, würden auf 341 Millionen und die Ausgaben auf 336 Millionen veranschlagt. Aber die Ausgaben der Kriegsdepartements während der letzten drei Jahre hätten die veranschlagte Summe um 175 Mill. überstiegen.

Die Armee sei jetzt auf 48.000 Mann aller Waffengattungen reducirt; der Kriegsminister halte eine neue Reduktion der Infanterie für möglich.

Die Marine zählt 206 Schiffe mit 7040 Kanonen.

Der Präsident billigt von Herzen das Verfahren des Congresses, insofern es die Indianer betrifft. Er sagt, daß die Beziehungen der amerikanischen Regierung mit den anderen Ländern im allgemeinen befriedigend seien. Kein specielles Reglement betreffs des Handels, der Colonien und der Fischereien könne vor Bestätigung seitens des Congresses festgesetzt werden.

Anderer Fragen befanden sich auf dem Wege des Ausgleichs zwischen Amerika und England, namentlich diejenigen, die sich auf die Rechte der naturalisirten Bürger, auf die Insel San Juan und auf die Reclamationen der Unterthanen der beiden Länder, die vom letzten Kriege herrühren, beziehen. Die Unterhandlungen seien noch schwebend.

Der Präsident hofft, während der gegenwärtigen Session noch dem Senat die Protokolle vorlegen zu können, welche diesem langen Zwist ein Ende machen müssen.

Die Schwierigkeiten mit Paraguay seien der Ge-

genstand reiflicher Untersuchungen seitens der Regierung. Es sind maritime Streitkräfte abgeordnet worden, um von der Regierung von Paraguay Erklärungen und eine Genugthuung zu fordern.

Die Regierung der Sandwichs-Inseln hege beständig Befürchtung wegen feindlicher politischer Schritte seitens der Vereinigten Staaten. Der letzthin abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag werde das Vertrauen wieder herstellen und die Bevölkerung der Sandwichs-Inseln endlich selbst verlangen, an der Union Theil zu nehmen.

Die Beziehungen zu Mexico seien befriedigend. Vom Präsidenten von Haiti seien Erklärungen und Genugthuung verlangt worden für den amerikanischen Unterthanen zugefügten Schaden.

Die von der Regierung angenommene stricte Neutralität zwischen den Kriegführenden in Japan sei durch den Beitritt Frankreichs, Englands und anderer Staaten unterstützt worden.

Der Präsident empfiehlt in die Constitution ein Amendement einzubringen, kraft dessen die Wahlen des Präsidenten und der Senatoren fortan durch die directe allgemeine Wahl statthaben würden. Die Botschaft schließt damit, daß sie die feste Hoffnung ausspricht, die Vorsetzung werde den Congreß mit Weisheit und Achtung vor der Verfassung befehlen und sie werde Freude und Wohlfahrt über das ganze Land verbreiten.

Oesterreich.

Agram, 12. December. (Der neue Banus.) Heute machten die hiesigen Behörden und der Gemeinderath dem neuernannten Banus von Croatien, Baron Rauch, ihre Aufmerksamkeit, welcher sie mit gewohnter Liebenswürdigkeit empfing und ihnen empfahl, für das Wohl des Vaterlandes gemeinschaftlich und in Eintracht zu wirken. Baron Rauch reist morgen zur Ablegung des Eides nach Wien ab.

Triest, 12. December. Levante post mit Nachrichten bis zum 5. d. M. Allem Anscheine nach haben den nächsten Anlaß zu den gegen Griechenland ergriffenen Maßregeln die Berichte des Gesandten in Athen, Photiades Bey, gegeben, welche melden, daß nicht nur überall gegen die Rückkehr der kretischen Flüchtlinge Widerstand geleistet wird, sondern daß auch die Vorbereitungen des kretens. Comités zur Absendung von Freiwilligen in größerem Maßstabe betrieben werden als je, und zwar mit einer Offenheit, welche an der Zustimmung der Behörden nicht zweifeln lasse. Auf seine Beschwerden habe der Minister des Auswärtigen erwidert, die Behörden seien nicht im Stande, sich dem Volkswillen zu widersetzen. — Die Post hat drei französische Dampfer gemiethet, welche kretische Flüchtlinge in ihre Heimat bringen sollen. Zweihundert der letztern haben sich dieser Tage eingeschifft. Die griechische Regierung begünstigt, wie „La Grece“ sagt, diese Maßregeln. — Glaubwürdige Nachrichten aus Athen vom 5. d. M. Abends zufolge habe die Regierung beschlossen, die Forderungen der Türkei zurückzuweisen. In Athen herrschte, kaum daß man vom Ultimatum Kenntniß erhielt eine sehr aufgeregte Stimmung. Die griechischen Blätter sind voll kriegerischer Artikel. Es heißt, daß 30 Bataillone Freiwillige gebildet werden sollen. Ein Theil der griechischen Armee erhielt Befehl, sich in den Grenzprovinzen aufzustellen.

Ausland.

Berlin, 12. December. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Es wurde einstimmig beschlossen, das Gerichtsverfahren gegen Parisius aufzuschieben. Bei der Verhandlung über den Etat des Ministeriums für Cultus entspann sich eine längere Debatte über die confessionlosen Schulen. Yehrenpfennig, Tschow und Bethusy sprachen für dieselben, letzterer jedoch nur so weit, als die Confessionslosigkeit die höheren Lehranstalten betrifft. Der Minister für Cultus erklärte die Confessionslosigkeit wiederholt als eine Unmöglichkeit für die Schulen, acceptirte dieselbe aber vollkommen für die Universitäten.

Tagesneuigkeiten.

— (Ein Gespräch Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin mit dem Romandichter Jókai.) Man schreibt aus Pest, 11. December: Bei Gelegenheit der gestrigen Faisoirée hat Ihre Majestät auch dem Romandichter, Redacteur des „Hon“ und zur Linken gehörenden Abgeordneten Notiz Jókai die hohe Auszeichnung eines längeren Gesprächs zu Theil werden lassen. Ihre Majestät geruhten Jókai mit den Worten anzusprechen: „Ich habe längst schon gewünscht, Sie persönlich kennen zu lernen. Ihre Werke kenne ich schon lange, für das schönste halte ich „Kárpáthy Jókai.“ — Jókai antwortete auf diese bildvolle Ansprache: „Ich nehme diese hohe Aeußerung Eu. Majestät für eine große Auszeichnung; übrigens verehrte ich Eu. Majestät noch bisher dreifach: als Königin, als Frau und als Gönnerin unserer Literatur.“ Ihre Majestät fragten dann: „Ist Ihr letztes Werk, welches Sie für den „Hon“ geschrieben haben, schon erschienen?“ — Jókai antwortete hierauf, daß sein Werk bald erscheinen

Locales.

werde, und hat sich die Gnade aus, Ihrer Majestät ein Exemplar übersenden zu dürfen, was Ihre Majestät huldvoll anzunehmen versprochen. Allerhöchstselben fragten auch, ob er bald wieder ein Werk schreiben werde; Jókai antwortete bejahend, worauf Ihre Majestät äußerten: „Jetzt, glaube ich, werden Sie mehr Zeit haben, sich mit Poesie zu beschäftigen, da die politischen Fragen feiern.“ Jókai antwortete hierauf: „Ich muß der Poesie auch dankbar sein, da ich ihr die hohe Gnade zu verdanken habe, die mir jetzt zu Theil wird und deren ich für meine politische Wirksamkeit derzeit vielleicht nicht theilhaftig geworden wäre.“ „Ich verstehe nichts von Politik,“ antworteten Ihre Majestät lächelnd, worauf Jókai erwiderte: „Es ist die höchste Politik, das Herz eines Landes zu gewinnen, und diese Politik verstehen Eure Majestät gewiß.“

— (Die Mennoniten und die allgemeine Wehrpflicht.) Die Secte der Mennoniten, die in Oesterreich (Galizien) etwa 6000 Anhänger zählt und als eine vom Staate anerkannte Religionsgenossenschaft drei Kirchen zur öffentlichen Ausübung ihres Gottesdienstes besitzt, befindet sich gegenwärtig durch ihre religiösen Vorschriften mit der durch das jüngst sanctionirte Wehrgesetz angeordneten allgemeinen Wehrpflicht in einem Gewissensconflict. Die seit Kaiser Josef II. in Oesterreich geduldeten Secte strebt darnach, die Lehren der heiligen Schrift einfach und gläubig zu erfassen und streng zu befolgen. Nach ihrer Ansicht sollte die Kirche nur aus Heiligen bestehen, weshalb sie auch glauben, daß die weltlichen Obrigkeiten nur für Unheilige eingesetzt seien, daß man keinen Krieg und Proceß führen, keinen Eid ablegen dürfe u. s. w. Ihre religiösen Satzungen, an denen sie unerschütterlich festhalten, verbieten ihnen daher auch, Waffen zu tragen und Kriegsdienste zu leisten. Um nun der Collision mit dem Gebote der allgemeinen Wehrpflicht zu entgehen, entsendeten die Mennoniten vor kurzem eine Deputation an den Landesverteidigungs-Minister Grafen Taaffe, doch gewährte ihnen die Audienz keine Hoffnung, daß den Wünschen ihrer Glaubensgenossen, der allgemeinen Wehrpflicht entbunden zu sein, Rechnung getragen werden könnte. Die Mennoniten beabsichtigen nun, eine Deputation direct an den Kaiser zu entsenden, welche dem Staatsoberhaupt ihr Anliegen bezüglich der allgemeinen Wehrpflicht vortragen soll.

— (Kritische Drakel.) Die Verkennung von epochemachenden Erscheinungen ist, wie in der Poesie, auch in der Musik zu aller Zeit Regel gewesen. So schrieb Händel über Gluck: „Der Keil versteht vom Contrapunkt so viel wie mein Koch!“ und der berühmte Forkel zog in seiner „Kritischen Bibliothek“ die unvergängliche Iphigenien-Operette nicht kennt, etwas deatartiges kaum für möglich halten würde. Mozart und Beethoven erfuhren in ihrer ganzen großen Künstlerlaufbahn unzählige Verkennungen. Ueber letzteren schrieb Forkel bekanntlich an Goethe: „Da seien zwei junge Tonsetzer, Beethoven und Cherubini; Talent könne man ihnen nicht abprechen, aber sie seien so sehr auf Irrwegen befangen, daß man nicht viel Gutes von ihnen hoffen dürfe.“ Ein in Deutschland lebender, vor längerer Zeit schon verstorbenen italienischer Capellmeister nannte noch in den dreißiger-Jahren die heroische Symphonie „Hundegebell,“ und ein anderer vielgenannter Meister stimmte bei. Vor dreißig Jahren führte Ludwig Kellstab von Berlin einen harten Kampf gegen die Schubert'schen Lieder, die er schwülstig und gar nicht dem Charakter des Liedes entsprechend fand. Chopin's Werke bestete er in effigie an den Galgen und schrieb darüber: „Jeder Lehrer werde solches Zeug, wenn es ein Schüler bringe, ihm zerreißen vor die Füße werfen.“ Schumann sagte später über Kellstab: „Armer Mann, für dich waren alle diese Schönheiten verloren.“

— (Ein junger Professor.) Während seines neulichen Aufenthaltes in Grottamare wurde dem Abbe Franz Liszt ein Knabe zugesöhnt, der ein musikalisches Wunderkind sein sollte. Liszt ließ ihn auf verschiedenen Instrumenten spielen und erstaunte. Guglielmo Andolfi, so heißt er, kam aus San Giuliano, seinem Geburtsorte, in der Mark Ancona, nach Rom, um sich, wenn möglich, bei der Academia di Santa Cecilia die höchste Ehre eines italienischen Tonkünstlers zu erwerben, das heißt, nach vorangegangener Prüfung, Diplom und Titel eines professore oder maestro di musica. Er wurde geprüft und erhielt ohne Widerspruch beides.

— (Ein wohlthätiger Reicher.) Die erwähnte neue Schenkung des Bankiers Herrn Peabody von 100.000 Pf. St. an die Londoner Armen besteht theils in Barem, theils in einem trefflich rentirenden Grundstück von 15 Acres bei Brighton in der Nähe von London. Zusammen hat der edle Mann der hauptstädtischen Almencasse 350.000 Pf. St. geschenkt — was schwerlich für solchen Zweck je ein Fürst bergeschenkt hat, geschweige denn ein anderer reicher Privatmann. Dazu seine entsprechend großen Gaben an New-York, Philadelphia und andere Städte der Union. Dabei hat Herr Peabody Kinder; aber er geht von der Ansicht aus, daß den Seinigen dennoch großer Reichtum bleibt, so wie von der humanen Erwägung, daß große Schätze, die sich durch Glück in den Händen Einzelner ansammeln, auf der Arbeit sehr vieler Menschen mitberuhen, welche schlecht oder gar nicht belohnt worden ist.

— (Unser geschätzter Landsmann Dr. Constantin von Wurzbach) hat bekanntlich durch sein von einem seltenen Sammelfleiß zeugendes „Schillerbuch,“ ein Werk, welches in seiner Art einzig dasteht und stets eine universale Geltung haben wird, auch einen Beitrag zu jenem „Schillerdenkmal“ geliefert, welches wohl alle andern überdauern wird, das ist zu den Werken Schillers selbst. Im Geburtsorte Schillers, Marbach, besteht ein Schillerverein, der auch die Obfarge über des Dichters Geburtshaus führt. Um nun dem Verfasser des „Schillerbuches“ einen Beweis des Dankgefühls zu geben, hat der Schillerverein dessen Bild im Geburtshause Schillers aufhängen lassen.

— (Das Gastspiel des Fr. Arthur) soll morgen mit Bauernfeld's „Aus der Gesellschaft“ beginnen. Das Fräulein hatte sich in der verfloffenen Saison durch ihre trefflichen Leistungen viel Anerkennung erworben. Wir zweifeln also nicht, daß ihr Wiedererscheinen auf unseren Brettern ein volles Haus machen wird.

— (St. Peter = Fiume = Bahn.) Das „Laibacher Tagblatt“ schreibt: Auf der Strecke St. Peter = Fiume sind die Arbeiten von der Südbahn so zu sagen eingestellt, die meisten Arbeiter entlassen, der technische Leiter nach Tirol übersezt ohne Ersatz, die bereits abgelösten Grundstücke nicht bezahlt. Diese Verhältnisse sollen, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, Veranlassung gegeben haben zu Vorstellungen an das k. k. Ministerium von Seite unserer Landesregierung. Wir wollen hoffen, daß diese gerechten Wünsche eine entsprechende Würdigung hohen Ortes finden werden. Wir möchten, die Südbahn ist doch noch nicht so verarmt, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen könnte.

— (Lebensrettung.) Am 15. September d. J. getrieth fremde, auf der Durchreise nach Croatien sich befindende Holzarbeiter durch den Umstand in Gefahr des Ertrinkens, daß sie ihren, in der Nähe des durch einen gewaltigen Wolkenbruch gänzlich überschwemmten Dorfes Zirkniz in eine Antise gerathenen Wagen aus dem immer höher steigenden und reisenden Wasser ziehen wollten, wobei die Wagenachse brach und die sich daran haltenden Männer in die Fluth geschleudert und von derselben fortgerissen wurden. Gerade im Augenblicke der größten Gefahr eilten die Zirknizer Injassen Valentin Petrovich und Josef Homoc von bereits Ertrinkenden zu Hilfe und es gelang auch ihren Bemühungen, die Berunglückten dem verheerenden Elemente zu entreißen und in Sicherheit zu bringen, für welche edle und aufopfernde That den beiden muthvollen Rettern im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaft Louisch zu Planina die Anerkennung der hohen Landesregierung ausgesprochen wurde.

— (Eine Jagdgeschichte.) Der „Tagespost“ wird aus Friedberg, 11. December geschrieben: Am 10. d. M. zog eine Jagdgesellschaft, bestehend aus etwa 30 Personen, nach Schachen. Nach dem ersten Triebe fanden sich die Jäger am bestimmten Sammelplatze ein. Es wurde Feuer gemacht, die Hunde getoppelt und die Jagdtrophäen, mehrere Füchse und Hasen, auf den Boden gelegt. Plötzlich wird Hundegelläuf hörbar, das sich immer mehr nähert. Wahrscheinlich waren Hunde, die noch fortgejagt, einem Wilde auf der Spur. Doch zu solchen ähnlichen Gedanken war kaum Zeit; denn ein junges Häschen kam im vollen Lauf von mehreren Hunderten hart verfolgt, am Sammelplatze an. Statt rechts oder links sein Heil zu suchen, war es so tollkühn, seinen Weg durch die Mitte der zahlreichen Jäger zu nehmen. Mit ein paar Sägen war es über die Leichen der gemordeten Genossen, und, o Wunder! die Jäger schauten auf das muthige Häschen und wichen vom Wege ehrerbietig zurück. Ja sogar die Hunde an der Koppel blieben knurrend sitzen. „Da sprang es in den Wald hinein und ward nicht mehr gesehen.“ Ein schallendes, nicht endemwollenes Gelächter unterbrach die bis jetzt herrschende Stille, und jeder wußte einen vortrefflichen Rath, wie man den Hasen hätte fangen können.

Neueste Post.

Wien, 14. December. (Reichsrath.) [Tr. Z.] Der Finanzminister legt Gesetzentwürfe betreffs Fortsetzung der Steuern bis Ende März und Einführung einer Gebäudesteuer, so wie das Finanzgesetz für 1869 und einen Nachtragscredit des Landesverteidigungsministers von 73.000 fl. vor. Der Finanzminister erklärt im Exposé, soweit bisher ersichtlich, seien 1868 die Ausgaben zurückgeblieben, während die Einnahmen sich vermehrt. In den ersten 3 Quartalen ergaben sich beinahe 9 Millionen Mehreinnahme, und die Ausgabe war um 10 Millionen geringer; wenn das letzte Quartal analog, so ergibt sich am Jahreschluß 1868 ein Ueberschuß von 10 Millionen. Wenn unter Hinzuziehung des Ueberschusses die proponirten außerordentlichen Einnahmen genehmigt werden und die Steuererhöhung fort-dauert, wird das Deficit für 1869 3 1/2 Millionen betragen. Grocholski interpellirt den Finanzminister wegen Wieliczka. Der Finanzminister sagt, alle Maßregeln seien getroffen und es bestehe keine Gefahr. Die Meldung vom Einsturz des Franz-Josef-Schachtes sei unrichtig. Der Handelsminister beantwortet die Interpellation wegen Horowitz, er werde ein neues Eisenbahngesetz vorlegen. Der Antrag, das Finanzgesetz für 1869 einem 24gliedrigen Ausschusse zuzuwenden, wurde angenommen.

Paris, 13. December. Der „Moniteur“ meldet in seinem Bulletin, daß der Kampf in Cadix nach Ab-

lauf des Waffenstillstandes, während dessen Dauer die Fremden die Stadt verlassen hatten, wieder beginnen werde.

Paris, 14. December. (Tr. Ztg.) Der „Moniteur“ meldet: Nach einem Telegramm aus S. Sebastian ergaben sich die Insurgenten in Cadix gestern früh.

Madrid, 14. December. (Tr. Ztg.) General Caballeros übermachte der Regierung ein Dienstanerbieten des Herzogs von Montpensier. Die Regierung lehnte das Anerbieten ab und lud Montpensier ein, unverzüglich nach Portugal zurückzukehren.

Paris, 11. December. Heute Nachmittag ist eine Feuersbrunst in den Tuilerien, und zwar im Erdgeschoss des an die Rue de Rivoli stoßenden Flügels ausgebrochen, welchen der Minister des kaiserlichen Hauses Marschall Bailliant inne hat. Man wurde erst nach mehreren Stunden des Feuers Herr und der im Innern des Gebäudes angerichtete Schaden scheint nicht unbeträchtlich zu sein.

Der Pariser Appellhof hat gestern das Urtheil erster Instanz gegen fünf Personen, welche Rocheforts „Kantone“ in Frankreich verbreitet hatten, von einem Gefängniß und 100 Francs Strafe auf drei Monate Gefängniß und 500 Francs Strafe verschärft.

Man will hier wissen, daß der Befehlshaber der französischen Levantestation, Contreadmiral Moulac, die Weisung erhalten habe, zwei Kriegsschiffe vor Phräus zu schicken, um gemeinschaftlich mit der im dortigen Hafen liegenden österreichischen Golette die Abfahrt neuer hellenischen Freiwilligen zu verhindern und die Heimkehr der kretensischen Familien zu unterstützen.

Die Nachrichten aus Spanien sind nicht sehr beruhigend. Man erwartet daselbst einen Staatsstreich, der von Prim ausgehen und von einigen Mitgliedern der provisorischen Regierung unterstützt sein würde. Die von der Regierung veröffentlichten Telegramme melden zwar ununterbrochen, daß Cadix ausgenommen, überall die vollkommenste Ruhe vorwalte, daß die von allen Ecken und Enden eingehenden Adressen die Unrubestifter verdammen und es der Municipalität von Madrid gelungen sei, im Interesse ihrer Ressourcen gegen die Forderungen der Arbeiter Stand zu halten; allein es ist nicht minder wahr, daß Cadix in der Gewalt eines sehr bedrohlichen Aufstandes ist, daß dort die Capitulationsbedingungen zurückgewiesen worden sind, daß eine starke Truppenmacht dahin entsendet werden mußte, daß man im Norden Carlismen-Aufstände zu besorgen hat, daß die Regierungsvertreter in allen Provinzen in ihrem Eifer erkalten, daß das Ansehen noch immer nicht gelungen ist und die Regierungsmittel nur gering sind, während die Ausgaben sich von Tag zu Tag vermehren.

Die „Patrie“ behauptet zuversichtlich, daß der Aufstand von Cadix das Werk der Carlismen und der Anfang der Ausführung eines umfassenden und wohlbedachten Planes der reactionären Partei sei; die „France“ erklärt mit gleicher Bestimmtheit, daß mit diesem Aufstand die kosmopolitische Revolution den Schauplatz der pyrenäischen Halbinsel betrete. Beide Blätter lassen es aber an Beweisen für ihre Aufstellungen fehlen. Nach dem „Public“ endlich wäre die Bewegung von allen Parteien je in ihrem Interesse übertrieben worden, in Wahrheit aber nicht beunruhigender Natur; in Andalusien hätte sie einen socialistischen Charakter.

„La Presse“ erhält aus Rom ziemlich ausführliche Angaben über den Stand der Vorarbeiten über das öcumenische Concil:

Fünf Commissionen oder Congregationen sind gegenwärtig bereits organisiert und eine sechste nahe daran, gleichfalls in Wirkksamkeit zu treten. Eine jede derselben hat zum Vorsitzenden einen Cardinal, der zugleich Mitglied der leitenden Commission ist. Diese sechs Präsidenten resp. Mitglieder der leitenden Commission sind die Cardinale Caterini, Bizzarri, Barnabo, Panbianco, Reisch und Bilio. Secretär ist Mgr. Gianelli, Erzbischof in partibus. Räte sind Mgr. Tizzani, Erzbischof von Nisiba, Mgr. Josef Angelini, Mgr. Talbos de Malahide, der Professor Melchior Galeotti und der P. Sanguinetti. Alles, was auf das Dogma Bezug hat, gehört der Commission für dogmatische Theologie an, welche den Cardinal Bilio zum Präsidenten und achtzehn Mitglieder hat, darunter Mgr. Cardoni, Erzbischof von Eadye, Mgr. Schwiz aus Deutschland, Abbé Jaquemet aus Rheims, Abbé Gay aus Poitiers und Abbé Hettinger aus Belgien. Die politisch-religiöse Commission hat den Cardinal Reisch zum Präsidenten und zählt dreizehn Mitglieder; die Commission für kirchliche Disciplin ist ebenso stark und wird von dem Cardinal Caterini präsidirt. Die Commission für die Ordensgeistlichen besteht aus neun Mitgliedern und hat Cardinal Bizzarri an ihrer Spitze. Die Commission für den Orient, welcher die große Frage einer Verständigung zwischen den römischen und der griechischen Kirche obliegt, wird von dem Cardinal Barnabo geleitet und endlich die sechste Commission, für Gebräuche und Ceremonien, welche noch nicht in Thätigkeit getreten ist, wird den Cardinal Patriei zum Vorsitzenden haben. Das strengste Amtsgeheimniß waltet über den Arbeiten dieser Commission. Einige fremde Geistliche sind denselben zugezogen worden und unter ihnen ist bis jetzt das deutsche Element das vorherrschende.

Telegraphische Wechselcourse.

5perc. Metalliques 59. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 60.15. — 5perc. National-Anlehen 64.60. — 1860er Staatsanlehen 91.10. — Banfactien 665. — Creditactien 241.40. — London 119.80. — Silber 118.50. — K. t. Ducaten 5.70.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibacher Geschäftsbericht vom 12. December.

Die Preise des Getreides hielten sich fast ohne jede Variation auf jenen der verfloffenen Woche.

Die Calamität mit der unregelmäßigen und saumseligen Verladung auf der Siffeter und auf den ungarischen Stationen ist noch immer vorhanden, und es bildet sich daher hier am Plage kein entsprechendes Lager, andererseits verschlechterte sich die Baluta, und man hatte ungeachtet des notorisch lauen Geschäftsganges kein Weichen der Preise; die Stimmung ist daher eine entschieden zuwartende zu nennen.

Weizen Ciofoler 83-84 Pfd. fl. 4.75, 85 86 Pfd. fl. 5 bis fl. 5.10, 87-88 Pfd. fl. 5.50-5.55, spitzbrandiger, 83- bis 84 Pfd., zugewogen 88 Pfd., fl. 4.90, heimischer 82-83 Pfd. fl. 4.50.

Korn ungar. 77-78 Pfd. fl. 3.60, 79-80 Pfd. fl. 3.70, heimischer fl. 3.40.

Gerste ungar. 73-74 Pfd. fl. 3.55, 75-76 Pfd. fl. 3.70, Futterwaare fl. 2.50, heimische 72-73 Pfd. fl. 3.30-3.40.

Safer schöner gelber ungar. diknhäufiger 47-48 Pfd. fl. 2.10, 49-50 Pfd. fl. 2.15-2.20, Morasthafer zugewogen pr. Cte fl. 3.60, schwerer Gebirgshafer dickhäutiger wurde eine kleine Partie mit fl. 2.15 verkauft.

Haide ungar. 1867er im Gewichte von durchschnittlich 67 Pfd. fl. 3, 69 Pfd. fl. 3.15, heurige heimische Waare variiert stark in der Qualität, und zwar von 61-67 Pfd., Preis fl. 2.50 bis fl. 2.90, ganz schwere Gebirgswaare 1867er im Gewichte von 71-72 Pfd. fl. 3.25.

Mais Banater 1867er 81-82 Pfd. fl. 3.20, Murinier 82-83 Pfd. fl. 3.20, Einquanten 85-86 Pfd. fl. 3.70, heimischer neuer fl. 2.80-2.90 nach Qualität, neuer ungar. 82 Pfd. fl. 3.

Hirse fl. 2.50-2.60. Hirsebrein fl. 4.50.

Bei Fisiolen hat sich die Situation nicht verändert, die Vorräthe davon sind in fester Hand, und überdies dürfte das Land nicht mehr wie die kleinere Hälfte der zum Exporte verfügbaren Waare von der heurigen Fehlschlagung mehr beirren haben, andererseits beobachten die Producenten und Händler vom Lande eine zuwartende Haltung; man könnte heute beiläufig folgende Marktpreise dafür annehmen: ganz schöne weichselrothe und rosa gesprengelte Coos und Canarien fl. 5, schöne egale grüne fl. 4.60 bis fl. 4.70, schöne farbige in gefälligem Sortiment fl. 4.25, diverse bunte fl. 4; für rothe könnte man den Preis von fl. 4.50 annehmen.

Kleesaat noch immer matt, da wir mit Dazurechnung der Frucht fast höhere Preise als Graz, Wien und Pest halten, man kauft heurige Saat von den Producenten bereits mit fl. 16 bis fl. 16 1/2, der Preis für gepulzte Waare sammt Sack hängt von der reinen Reiterung ab und stellt sich zwischen fl. 21 und fl. 23; für 1867er hochprima Saat sammt Sack könnte man mit fl. 26 u. d. vielleicht etwas darunter ankommen.

Zwetschken sind ebenfalls matt, und laufen darauf Aufträge sehr spärlich ein, die Preise davon sind mit fl. 4 1/2 sammt Faß anzunehmen, und zu diesem Preise kauft man auch in Ralet, Littai und Steinbrück.

Rüsse luftgetrocknete halten fl. 5 1/2-5 3/4, ofengetrocknete, d. h. von Seite der Producenten vorzüglich verdorbene sind zu unbekanntem Preise bei den Debitanten anzubringen, welche ihrerseits wieder so glücklich sind, Kunden auf ranzige Musterne zu besitzen.

Leinsamen kommt wenig vor, doch sind fortwährend Offerte aus Siermar, Craatten und Ungarn da; hübsche Sommerwaare vom Sachsenfelder Boden, aus der Murinier und dem freierisch-ungarischen Grenzboden kann man mit fl. 5 1/2-5 3/4 fra neo Laibacher Bahnhof kaufen.

Leinöl weiches fl. 22 in ersten Kosten.

Honig ohne Vorräthe hält die Preise wie beim Schlusse der Vorwoche und wird heute in schöner lichter Glattnaare nicht unter fl. 16 1/2, ohne Faß, bei größerem Gebinde mit Faß abgegeben, Rohwaare gilt fl. 16 sammt Faß, geringere bräunliche Glattnaare ist mit 50 kr. billiger zu kaufen.

Fischlerlein fehlt total, Preis fl. 24 1/2-25 nominell. Pottasche gilt fl. 13-14, bei hochprima und hochgradiger Qualität sogar fl. 15 sammt Faß.

Brennholz durchschnittlich trocken: Buchen-, Eschen-, Kastanien-, 25 fr., Föhren und Fichten 23 kr. pr. Zoll, daher: 20zölliges hartes fl. 5-weiches fl. 4.40, 22 " " " 5.50 " " 4.84, 30 " " " 7.50 " " 6.60, 36 " " " 9 " " 7.92

pr. Wiener Kasten.

Neue Brentmethode. In Frankreich werden in neuester Zeit die Truthähne zu einem ganz eigenthümlichen Geschäft verwendet: sie müssen nämlich junge Hühner ausbrüten und aufziehen. Während die Henne nicht mehr als ein Dutzend Kücheln auszubrüten vermag, kann ein Puter deren zwanzig bis dreißig groß bringen, und dabei wird er noch selbst gemästet und für die Bratpfanne vorbereitet. Die Art und Weise aber, wie dem

dummen Puter dieses Mitgefühl beigebracht wird, ist höchst ergötzlich und stammt von den Chinesen. Ein oder zwei Gläser voll starken Weines werden dem Puter ohne viel Nöthigen in den Hals gegossen und während seiner darauf folgenden Trunkenheit ihm die Federn von der Brust gerupft; in dieser Beschaffenheit wird er mit entblößtem Busen auf einen Haufen auszubrütender Eier gesetzt. Der Rausch vergeht nach und nach, der Schlaf nimmt sein Ende und der „Puterkater“ findet sich ein. Der sonst so stolze Herr läßt den rothen Kamm hängen und deutlich liegt in seinen Adenen die Frage: „Wo bin ich?“ Er will sich erheben, doch natürlich bei den noch geschwächten Beinen kann der würdige Herr „nicht auf die Füße gehen“, er läßt sich wieder nieder, die Beine sind geträgt, doch — er empfindet jetzt auf seiner Brust den Mangel eines Sackens — er läßt sich wieder nieder. Noch oft versucht er es bei stetem Nachsetzen, doch die Federn wachsen nicht so schnell wie Bize; um sich zu wärmen, heuchelt er Mutterliebe und — bleibt sitzen. Die Eierchalen brösten nach den üblichen Tagen seines Wochenbettes, eine neue Aera beginnt für sein Denkvermögen, als er nach dem langen Nachdenken die Kücheln sieht — er fühlt sich Mutter und behutet die Jungen mit Pflicht und treuer Wachsamkeit und Bärtlichkeit! (Zypf.)

Angekommene Fremde.

Am 11. December.

Stadt Wien. Die Herren: Durchl. Fürst Schönburg und Durchl. Fürstin Schönburg, von Schneeberg. — Röhmel, Forstmeister, von Haasberg. — Fr. Kucik, von Triest.

Elefant. Die Herren: Hofr. Handelsm., und Prumer, Weinhandler, von Marburg. — Lowi, Geschäftsm., von Ponowitz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: December, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anzahl des Himmels, Niederschlag in Pariser Einheiten. Data for 14th and 15th Dec.

Waldwirtschaft und Staatsaufsicht.

Von Kammerrath Otto zu Weinegg.

Da Einsender der letzten Generalversammlung der krainischen Landwirthschaft-Gesellschaft nicht beiwohnen konnte, so erlaubt er sich, über zwei in dieser Versammlung besprochenen Gegenstände, nämlich über die Anstellung von Districtsförstern und Creirung einer Landes-Feueraffecuranz seine in anderen Staaten gemachten Erfahrungen nebst seinen Ansichten hier mitzutheilen.

In Deutschland ist wohl kein Staat, in welchem nicht durch Districtsförster die Waldungen verwaltet werden. Wenn auch daselbst die Waldungen der Großgrundbesitzer durch die von diesen angestellten und besoldeten Forstleute verwaltet werden und hauptsächlich die daselbst am meisten vorkommenden Communalwaldungen unter der Verwaltung der Districtsförster stehen, so sind doch auch Waldungen kleiner Besitzer, wenn solche eine gewisse Größe haben, jener Verwaltung unterworfen. Nur wissenschaftlich und zugleich praktisch ausgebildete Leute werden als Districtsförster angestellt, und da die Anforderungen an sie sehr hoch gestellt sind, so daß von ihnen außer den Kenntnissen im Forstfach auch Kenntnisse in den Hilfswissenschaften verlangt werden, so sind sie auch anderen Staatsdienern von wissenschaftlicher Ausbildung gleichgestellt und ihre Besoldungen sind z. B. im Großherzogthume Hessen nach Classen zu 900 fl., 1000 fl. und 1100 fl., neben Pferdefourage, Zulagen bei höheren Fruchtpreisen, normirt mit Aussicht auf höhere Beförderung. Mit dem eigentlichen Forstschutze haben sie nichts zu schaffen, indem dieser durch besondere Forstschützen versehen wird, welche auch sonst als ihre Organe bei Ausführung der Culturen, Holzfällungen u. s. w. dienen. Ebenso haben sie nicht die Einnahmen von Erlösen für Waldproducte und keine Auszahlungen, so daß also die schlimmen Erfahrungen, welche man bei Verwaltung von Staatsgütern gemacht hat, bei ihnen nicht vorkommen können.

Vergleicht man die unter der Verwaltung von Districtsförstern emporkommenden, so prächtig da-

stehenden Waldungen Deutschlands mit den fast überall devastirten Waldungen in Krain, so möchte man sich auch hier für die Verwaltung der Waldungen durch Districtsförster entscheiden, allein eine andere Ansicht muß man wohl gewinnen, wenn man auf die besondern Verhältnisse in Krain Rücksicht nimmt, namentlich auf die hier wie gewiß in keinem anderen Lande bestehenden Waldservituten, sodann den geringen Forstschutze, die nicht zu besiegende Gewöhnheit, aus dem Walde alle Einkreu zu beziehen und denselben zur Weide zu benützen und endlich die Werthlosigkeit des Holzes in den meisten Gegenden. Bei diesen, die Waldrente so sehr vermindern, ja oft ganz absorbirenden Vorkommenheiten kann dem Waldeigenthümer nicht zugemuthet werden, noch große Beiträge zu den Besoldungen von Districtsförstern zu leisten. Es kann nämlich doch wohl unterstellt werden, daß wenn auch die Staats- oder Landes-casse die Besoldungen der Districtsförster als Staatsdiener übernehmen würde, Beiträge zu solchen auf der Waldbesitzer ausgeschlagen werden würden. Im Großherzogthume Hessen werden z. B. auf den hessischen Morgen 6 Kreuzer ausgeschlagen, obgleich damit, weil die Verwaltungsbezirke nur zwischen 7000 bis 10 000 hessische Morgen betragen, die Besoldungen kaum zu 2/3 gedeckt sind. Ein solcher Ausschlag würde für das hiesige hoch 23 Neukreuzer betragen. Die Bedeutendheit eines solchen Ausschlags wird man erkennen, wenn man solchen z. B. auf die 16 000 hoch Waldungen der Herrschaft Zobelsberg machen wollte. Er würde hier 3680 fl. betragen. Fragt man aber, was diese Herrschaft an Rente aus ihren Waldungen bezieht, so wird man die Antwort erhalten: bei den jetzt bestehenden Servituten nicht einmal so viel, um die Steuern davon zahlen zu können. Aehnliche Verhältnisse bestehen überall, wo die Servituten noch nicht abgelöst sind, daher Waldculturlasten um so weniger auf das diesen unterworfenen Eigenthum angemahet werden können, als es sehr oft schon vorgekommen ist, daß solches ohne Rücksicht auf den Werth des auf demselben unter Anwendung von Culturlasten, Steuern u. s. w. herangewachsenen Holzes zur Abfindung der Servitut-Berechtigten herausgegeben werden mußte.

Es ist zwar die Aussicht vorhanden, daß alle Servituten in einigen Jahren abgelöst sein werden, allein auch alsdann kann der Waldbesitzer auf eine erhebliche Rente aus seinem Walde so lange nicht hoffen, als nicht die Entwender der Waldproducte empfindlicher bestraft werden. Wenn der Dieb in dem seltenen Falle, wenn er ertappt und überführt wird, nur mit dem Wertherfag bestraft wird, so lange wird er den Diebstahl nicht scheuen und dieser wird dann gewiß umfomehr vorkommen, wenn einmal das Holz feltener werden oder in größerem Werth kommen sollte. Neben der allzu milden Bestrafung wird der Forstschutze in Krain auch noch dadurch erschwert, daß das Strafverfahren allzu umständlich ist, da zu jedem Straffall der Denunciant besonders erscheinen muß und darüber ein besonderes Protokoll mit vielem Schreiben in ein gedrucktes Formular aufgenommen wird. Viel einfacher ist das Verfahren in Hessen, indem hier alle in einem Quartal zur Anzeige gebrachten Forstfrevler vom Districtsförster in ein Register gebracht und an den Strafrichter eingesandt, an einem Vormittag abgeurtheilt werden, so daß also an nur 4 Vormittagen im Jahr der denuncirende Forstschütze seinem Dienst entzogen und auch der Strafrichter dadurch nur sehr wenig belästigt wird.

Wenn die Stellung der Waldungen unter die Verwaltung der Districtsförster eine Beschränkung der Freiheit, eine Bevormundung genannt werden will, so kann dies doch bei einer Subjection aller Staatsangehörigen unter die Landesautonomie nicht zur Geltung kommen, sobald diese die Anordnung einer solchen Verwaltung für opportun hält. Höhere Rücksichten als die alleinige Rücksicht auf das Interesse der Waldbesitzer könnten freilich solches gebieten und als solche solche könnten namentlich ein sonst zu befürchtender Holzangel und die Förderung des Nationalwohlstandes erscheinen. (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 12 December. Die Börse verkehrte in matter Haltung und alle Papiere wurden namhaft billiger abgegeben, Devisen und Valuten aber erheblich theurer bezahlt.

Table with multiple columns: Deffentliche Schuld, Aktien (pr. Stück), Wechsel (3 Mon.), Cours der Geldsorten. Lists various financial instruments and their prices.